

Pressemitteilung
Gronau/Münster, 13. Oktober 2015

Urenco-Verkauf: Britische und deutsche Regierung treffen sich

- **britische Regierung erhöht Verkaufsdruck bei Urananreicherer**
- **britische Medien: Urenco sucht neues Führungsduo**

- Atomkraftgegner: „Bundesregierung muss Urananreicherung beenden“

Britische Medien berichten, dass sich die britische Regierung diese Woche mit Vertretern der Bundesregierung treffen will, um den Verkauf des Urananreicherers Urenco zu beschleunigen. Die britische Regierung sei besorgt, dass die niederländische Regierung zu viele Hürden beim Verkauf aufbaue. Von möglichen Bedenken der Bundesregierung ist nicht die Rede. Zudem berichten die britischen Medien, dass Urenco ein neues Führungsduo sucht. Aufgrund des laufenden Verkaufsprozesses sei es aber schwer, Nachfolger zu finden (Link zum UK-Bericht s. unten).

Urenco beliefert 30% des Weltmarktes mit angereichertem Uran zur Brennelementefertigung und gehört sowohl dem britischen und niederländischen Staat sowie EON und RWE. Die Bundesregierung besitzt ein Vetorecht bei wichtigen Entscheidungen, weil die Urananreicherung als Schlüssel zur Atombombe gilt. In Deutschland produziert Urenco trotz des beschlossenen Atomausstiegs zeitlich unbefristet im westfälischen Gronau angereichertes Uran. Auf parlamentarische Anfragen hat die Bundesregierung bislang sogar einen Börsengang für Urenco nicht ausgeschlossen.

„Wir fordern von der Bundesregierung eine klare Ablehnung der Verkaufsabsichten für Urenco sowie die Stilllegung der Urananreicherungsanlage Gronau. Wer den Atomausstieg zuhause will, darf angereichertes Uran nicht für AKWs in alle Welt liefern. Ohne das Ende der Urananreicherung wird der Atomausstieg nicht vollendet sein. Ein Verkauf der Urananreicherungstechnologie kann zudem zu einer unkontrollierbaren Weiterverbreitung von militärisch brisanter Nukleartechnologie führen. Das lehnen wir entschieden ab,“ so Udo Buchholz vom Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU).

„Weltweit streben viele Länder nach Atomwaffentechnologie. Anstatt ausgerechnet die Urananreicherung nun durch einen Verkauf von Urenco auf dem Weltmarkt anzubieten, sollte die Bundesregierung mit gutem Beispiel vorangehen und die Urananreicherung freiwillig im eigenen Land beenden. Das wäre auch friedenspolitisch ein starkes Signal. Verkaufsgespräche auf Regierungsebene senden hingegen das völlig falsche Signal aus,“ ergänzte Matthias Eickhoff vom Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen.

NRW-Umweltminister Remmel kommt nach Gronau

Am kommenden Montag, 19. Oktober, kommt NRW-Umweltminister Johannes Remmel nach Gronau zur Urananreicherungsanlage. Dabei wird er sich auch mit Anti-Atomkraft-Initiativen treffen. Die Landesregierung übt die Atomaufsicht bei Urenco aus und hat u. a. in punkto Atommüll beim geplanten Urenco-Verkauf über sog. „Patronatserklärungen“ ein Mitspracherecht. Im Koalitionsvertrag hat Rot-Grün die Stilllegung der Urananreicherungsanlage festgelegt. Atomkraftgegner fordern seit Langem die Einlösung dieses Versprechens.

Hinweis für die Redaktionen:

Hier der Link zum britischen Medien-Bericht:

<http://news.sky.com/story/1567644/ministers-bid-to-unblock-10bn-urengo-sale>

Weitere Infos:

www.bbu-online.de, www.sofa-ms.de, www.urantransport.de, www.kein-castor-nach-ahaus.de